

AUFRUF
der Erzbischöfe von Köln und Paderborn
sowie der Bischöfe von Münster, Aachen und Essen
zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017

Am 14. Mai dieses Jahres sind die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. An diesem Tag entscheiden die Wählerinnen und Wähler, welche Frauen und Männer in den nächsten fünf Jahren in unserem Land politische Verantwortung übernehmen.

Seit über 70 Jahren haben wir eine parlamentarische Demokratie. Diese Demokratie lebt von den Menschen, die zur Wahl gehen, und von den Menschen, die sich zur Wahl stellen. Erst durch die Beteiligung aller kann sich eine solche Demokratie wirklich entfalten. Daher ist es die besondere Verpflichtung von uns allen, von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Mit jeder Wahl werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Deshalb appellieren wir auch an die jungen Wählerinnen und Wähler: Gehen Sie zur Wahl! Nutzen Sie Ihr Recht und Ihre Möglichkeit, in freier und geheimer Wahl Ihren politischen Einfluss geltend zu machen!

Wir stehen nicht nur in unserem Land vor Herausforderungen wie dem Zuzug und der Integration der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, dem demographischen Wandel, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Frieden und der Sicherheit, der Entwicklung in Europa und nicht zuletzt der ausreichenden Förderung von Kindern und Familien. Dazu brauchen wir verantwortliches Handeln und keine populistischen Forderungen, die Lösungen vermissen lassen. Auch wenn es manchmal mühsam ist, in einer Demokratie Lösungen zu finden und durchzusetzen – Rechtsstaat und demokratische Auseinandersetzung dürfen nicht verunglimpft oder kaputt geredet werden. Zugleich gebührt all den Männern und Frauen, die sich für unser Land einsetzen oder eingesetzt haben und politische Verantwortung übernehmen oder übernommen haben, Dank und Anerkennung.

Wir wenden uns klar gegen Populismus und Fremdenfeindlichkeit. Zugleich fordern wir verstärkte Anstrengungen aller Beteiligten, dass die Integration von den Menschen, die zu uns kommen und bleiben, gelingt und dass Parallelgesellschaften vermieden werden. Wir unterstützen eine Politik, die sich an der Würde jedes Menschen, am gegenseitigen Respekt und an der gemeinsamen Verantwortung aller orientiert. Dabei betonen wir, dass die Menschenwürde für jeden Einzelnen gilt - unabhängig von seiner Nationalität und seiner Produktivität, vom Mutterleib bis zum Sterben. Jeder steht unter diesem Schutz, jeder hat ein Recht auf Respekt und Anerkennung. Zugleich soll jeder nach seinen Möglichkeiten Verantwortung übernehmen können. Wir wollen keine Allzuständigkeit des Staates, sondern Verantwortung des Einzelnen und der kleineren Einheiten, insbesondere der Familien, die zugleich so ausgestattet sein müssen, dass sie diese Aufgaben erfüllen können. Menschen, die nicht für sich selbst oder ihren Lebensunterhalt sorgen können, brauchen unsere Solidarität, unsere Unterstützung, damit sie in Würde leben können.

Dabei liegt uns insbesondere das **Wohl von Kindern und Familien** am Herzen. Das Katholische Büro NRW, unsere Vertretung auf Landesebene, hat dazu in diesem Jahr eine Initiative gestartet, die familienpolitische Forderungen aufstellt und zugleich deutlich macht, in wie vielen Bereichen kirchliche Institutionen und Verbände einen Beitrag leisten, damit Leben mit Kindern und in Familien gelingen kann. Der Bogen reicht von Beratungsangeboten für Paare und werdende Eltern bis dahin, Menschen verschiedener Generationen in ihrem Zusammenleben zu unterstützen. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, die Armut bei Kindern zu überwinden. Ganz wichtig ist uns, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu verhindern, dass Menschen an den Rand gedrängt werden. Denn: Wer sozial eingebunden ist, hat ein geringeres Armutsrisiko.

Ein unverzichtbarer Beitrag dazu ist ein qualitativ hochwertiges und zu diesem Zweck ausfinanziertes Angebot an **Kindertageseinrichtungen und Kindertagesbetreuung**. Als katholische Kirche sind wir in diesem Bereich einer der größten Träger. Wir werden uns hier auch zukünftig engagieren. Unbedingt notwendig dafür ist eine gesetzliche Grundlage, die die Finanzierung sichert und die tatsächliche Kostensteigerung abbildet.

Im Anschluss an die frühe Förderung wünschen wir uns ein **differenziertes Schulsystem** vom Gymnasium bis zu der Förderschule, das Kinder aus allen Bildungsschichten und mit allen Begabungsprofilen individuell fördert. Es ist ebenso notwendig, die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung mit Augenmaß weiter voranzutreiben.

Zudem bedarf es eines ausgewogenen und gut ausgestatteten Angebotes an **Ganztagsbetreuung** sowie der Bereitschaft, dem Elternwillen entsprechendes Gewicht zu verleihen. Auf diese Weise kann bestehende Armut überwunden und drohende Armut vermieden werden. Zugleich ist ein solches Angebot ein wichtiger Beitrag dazu, Kinder mit Migrationshintergrund zu integrieren. Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen weitere Anstrengungen, um Kinder und Familien zu fördern und Armut in diesem Bereich zu verhindern.

Als Bischöfe wissen wir um unsere Verantwortung als Christen für die Welt, für den Staat, für die Gemeinschaft und für die Menschen. Diese Verantwortung ist uns durch das Evangelium aufgetragen. So hat der Einsatz der Christen in der Welt im Laufe unserer Geschichte verschiedene Ausdrucksweisen und Wege gefunden. Einer davon ist die aktive Teilnahme in der Politik. Das geschieht, indem Menschen sich zur Wahl stellen und politische Verantwortung übernehmen und indem Menschen zur Wahl gehen. Daher bitten wir Sie herzlich: Gehen Sie zur Wahl, machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und leisten Sie so Ihren Beitrag zu unserer Demokratie!

Düsseldorf, den 2. Mai 2017

Rainer Maria Kardinal Woelki
Erzbischof von Köln

Hans-Josef Becker
Erzbischof von Paderborn

Dr. Felix Genn
Bischof von Münster

Dr. Franz-Josef Overbeck
Bischof von Essen

Dr. Helmut Dieser
Bischof von Aachen